

IM INTERVIEW: DANIEL RISCH

„Geld verstecken kann man in Liechtenstein nicht“

Der Regierungschef des Fürstentums über das Verhältnis zu Deutschland

Daniel Risch ist seit etwas mehr als einem Jahr Regierungschef des Fürstentums Liechtenstein. Im Interview spricht er über den Finanzplatz Liechtenstein, das Verhältnis zu Deutschland nach dem Besuch bei Bundeskanzler Olaf Scholz, Sanktionen gegen Russland und das weltweit erste Blockchain-Gesetz.

Börsen-Zeitung, 21.5.2022

Herr Risch, das Bild von Liechtenstein in der deutschen Öffentlichkeit ist zuweilen immer noch von einer mehr als zehn Jahre alten Steueraffäre geprägt. Welchen Eindruck haben Sie nach Ihrem Besuch bei Bundeskanzler Olaf Scholz vom Verhältnis der beiden Länder auf Regierungsebene?

Das Verhältnis ist sehr gut. Es ist immer etwas Besonderes, wenn der kleinste deutschsprachige Staat beim größten auf Besuch ist. Die damalige Steueraffäre ist in diesen Gesprächen heute aber kein Thema mehr. Es wird anerkannt, dass unser Land in den vergangenen Jahren eine große Entwicklung gemacht hat. Wir waren von Anfang an beim automatisierten Informationsaustausch dabei, wir erfüllen alle Standards, die es zu erfüllen gilt, wir durchlaufen derzeit das 5. Moneyval-Assessment des Europarats, das unseren Finanzplatz zwei Jahre lang beschäftigt hat. Wir unterhalten uns auf Regierungsebene über strategische und operative Themen, wie beispielsweise die Zusammenarbeit unserer Behörden, die nach meiner Meinung nie besser war. Aber ja, mir ist bewusst, dass es Zeit und Geduld benötigt hat, um Klischees und Vorurteile auszuräumen.

Die Vermögensverwalter im Fürstentum haben zuletzt kräftige Nettozuflüsse von Vermögenswerten aus Deutschland verbucht, die sich Sorgen vor einer möglichen Erhöhung der Erbschaftsteuer gemacht haben. Ist Liechtenstein immer noch eine Steueroase?

Geld verstecken kann man in Liechtenstein nicht. Jeder, der Vermögen hat und es anlegen will, der weiß, dass durch den automatisierten Informationsaustausch Transparenz herrscht. Wer aber auf politische Stabilität setzt, der ist in Liechtenstein sicher gut aufgehoben. Wir sprechen die gleiche Sprache wie Anleger aus Deutschland. Das mag mit ein Grund sein, warum sie gerne nach Liechtenstein kommen. Und wir haben auf dem liechtensteinischen Finanzplatz erfahrene und bestens ausgebildete Profis für die Strukturierung und

Verwaltung von Vermögen und sind deshalb für internationale Kunden eine gute Adresse.

Liechtenstein hat im Zuge der Sanktionen wegen des russischen Angriffs auf die Ukraine 260 Mill. sfr eingefroren. Allein die Banken Ihres Landes verwalten mehr als 400 Mrd. sfr für ihre Kunden. Wie hoch ist der Anteil der in Liechtenstein verwalteten Vermögen, die auf russische Kunden entfallen?

Wir tragen Sanktionen nicht erst seit dem russischen Angriff auf die Ukraine mit, sondern sind es gewohnt, internationale Sanktionen umzusetzen. Die Finanzmarktakteure wissen deshalb, was zu tun ist. Wir sind aber einer von wenigen Staaten außerhalb der EU, der die Sanktionen der EU aufgrund des russischen Angriffs-kriegs autonom übernommen hat. Die 260 Mill. sfr sind Gelder, die auf liechtensteinischen Konten liegen und jetzt festgesetzt sind. Das hat mit den verwalteten Vermögen nur indirekt zu tun, weil ja nur ein Teil der verwalteten Vermögen auf Konten in Liechtenstein liegt. Wir haben eine grobe Abschätzung, dass von den insgesamt verwalteten Vermögen ein tiefer einstelliger Prozentsatz aus Russland stammt.

Es gab mehrfach Hinweise, dass dem Kreml nahestehende Kreise über Treuhänder aus Liechtenstein Vermögenswerte wie Yachten und Luxusimmobilien erworben haben. Droht dem Finanzplatz ein neuer Imageschaden?

Das ist kein Lippenbekenntnis. Wir setzen sie auch konsequent um. Und wenn man das tut, dann sieht man auch Effekte. Deshalb ist es nicht überraschend, wenn solche Vermögenswerte gefunden, gemeldet und festgesetzt werden. Ich sehe das nicht als Problem, sondern als Beweis, dass Sanktionen greifen. Wenn beispielsweise eine Yacht über eine Struktur in Liechtenstein gehalten wird, können wir sie aber nicht selbst festsetzen, da sie ja nicht auf unserem Territorium ist. Deshalb ist es wichtig, dass die internationale Zusammenarbeit der Behörden funktioniert und diese Meldungen weitergegeben werden. Wenn dann über festgesetzte Vermögenswerte – und damit die Umsetzung der Sanktionen – berichtet werden kann, ist das für die Beteiligten als Erfolg zu sehen und nicht als Imageschaden. Was für unser Image viel schlimmer wäre: Wenn jemand anderes herausfinden würde, dass solche Werte über Liechtenstein gehalten werden und wir wüssten es nicht.

Sehen das die Akteure am Finanzplatz auch so?

Ja. Das Bewusstsein ist sehr hoch und ich kann sagen, dass nicht nur die Behörden, sondern auch die Finanzplatzteilnehmer wissen, was sie zu tun haben. Das Commitment ist von allen Seiten da, auch wenn es beispielsweise darum geht, EWR-Rechtsakte wie jüngst die Taxonomie-Verordnung zu übernehmen. Dann drängt der Bankenplatz auf eine schnelle Umsetzung, weil die Marktteilnehmer keinen Nachteil gegenüber den EU-Staaten haben wollen. Das alles hat sich in den vergangenen 15 Jahren deutlich verändert.

Der Bundeskanzler hat nach Ihrem Besuch die Bemühungen Liechtensteins bei der Bekämpfung von Menschenhandel und Sklaverei in der Initiative Finance Against Slavery and Trafficking (FAST) gelobt. Worum geht es da?

In der liechtensteinischen Politik sind Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit schon immer wichtige Themen. Vor diesem Hintergrund und auch mit Blick auf die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen haben wir vor fünf Jahren die FAST-Initiative ins Leben gerufen. Es geht um die Prävention von Menschenhandel und moderner Sklaverei durch möglichst frühes Erkennen der damit verbundenen Finanzströme. Die Initiative wurde von Liechtenstein initiiert und wird neben uns von Luxemburg, den Niederlanden, Norwegen und Australien mitfinanziert. Unser Bankenplatz hat sich ebenfalls stark eingebracht. Angesiedelt ist die Initiative an der UN University in New York.

Und die Bundesregierung?

In Deutschland gibt es mit dem Lieferkettengesetz eine Grundlage, die in gewissen Bereichen in die gleiche Richtung geht. Eine Kombination von FAST mit Fokus auf die Finanzströme und einer gesetzlichen Grundlage im Bereich der Lieferketten kann sicher helfen, Leid aus der Welt zu schaffen. Die FAST-Initiative wurde beim Treffen zwischen Bundeskanzler Olaf Scholz und mir am Dienstag auch besprochen und in der Pressekonferenz die Unterstützung Deutschlands angesprochen. Wir sind in guten Gesprächen.

Liechtenstein hat 2019 als erstes Land ein Gesetz zur Regulierung der Blockchain-Technologie verabschiedet. Welche Bedeutung hat das für den Finanzplatz?

Grundsätzlich spielt Technologie für den Finanzplatz seit Jahren eine ent-



Foto: Yannick Zuffli

ZUR PERSON

sp – Dr. Daniel Risch (44) ist seit März 2021 Regierungschef des Fürstentums Liechtenstein. Der promovierte Wirtschaftsinformatiker führt eine große Koalition aus Vaterländischer Union (VU) und der Fortschrittlichen Bürgerpartei (FBP), die bei der Landtagswahl nur 23 Stimmen weniger als die VU mit ihrem Spitzenkandidaten Risch erhalten hatte. Vor dem Wechsel in die Politik war Risch Chief Marketing Officer der Liechtensteinischen Post AG. Davor arbeitete er als Head of Consulting bei der Unic-Gruppe in Zürich. Risch hat in St. Gallen, Zürich und München Betriebswirtschaft studiert, in Fribourg promoviert und war Visiting Scholar an der University of Melbourne. (Börsen-Zeitung, 21.5.2022)

scheidende Rolle. Die Blockchain-Technologie mit ihrem dezentralen Ansatz hat das Potenzial, vieles von dem, was wir heute machen, zu verändern und auf den Kopf zu stellen. Uns war es wichtig, einen ganzheitlichen Ansatz zu verankern und nicht nur Kryptowährungen oder Coin Offerings zu regulieren. Der Kern der Blockchain ist, dass sie das Vertrauen in eine zentrale Stelle obsolet macht. Das Gesetz fokussiert daher auch auf „vertrauenswürdige Technologien“ und die „Token-Ökonomie“. Aus meiner Sicht ist es wirklich gut gelungen und wir sehen, dass nun auch auf EU-Ebene in die gleiche Richtung gearbeitet wird.

Wird Liechtenstein zum Krypto-Standort?

Das Gesetz hat uns neben viel Expertise und Aufmerksamkeit auch einige Firmen gebracht, die einen rechtssicheren Rahmen suchen. Wir machen in Liechtenstein aber ganz grundsätzlich keine aktive Ansiedlungspolitik. Wir sind ein wirtschaftsliberaler Staat, der gute Rahmenbedingungen für alle schafft – dazu gehört auch das Blockchain-Gesetz. Damit

legen wir die Basis, dass neue Dinge entstehen können. Aber wir haben uns weder zum Ziel gesetzt, das neue Crypto-Valley zu werden, noch sonst in einem Bereich möglichst viele Arbeitsplätze anzusiedeln. Das passt auch nicht zu Liechtenstein. Wir sind stolz auf unsere diversifizierte Wirtschaft, auf einen starken Finanzplatz und einen hoch industrialisierten Arbeitsplatz sowie die Innovationen, die uns dahin gebracht haben. Die Blockchain ist auf diesem Weg ein weiteres Puzzelstück.

Sie sprechen die Wirtschaftsstruktur an, der überwiegende Teil der Bruttowertschöpfung entfällt ja nicht auf den Finanzplatz, sondern auf den industriellen Mittelstand. Gefährdet das Abkommen zur globalen Mindeststeuer das Geschäftsmodell des Industriestandorts?

Liechtenstein hat kein „Geschäftsmodell“, das auf niedrigen Steuern fußt. Unser Staat nimmt so viel Steuern ein, wie er braucht, und versucht die Belastung für Unternehmen möglichst gering zu halten, damit sie Spielraum haben. Damit

leben wir seit mehr als 70 Jahren gut. Ich kenne aber keine Firma, die wegen tiefer Steuern nach Liechtenstein gekommen ist. Gerade die großen Unternehmen wie etwa Hilti, Hoval, Neutrik oder Ivoclar Vivadent sind in Liechtenstein gegründet worden und seit jeher hier ansässig. Sie sind hier groß geworden und exportieren heute in die Welt. Wir gehen deshalb auch nicht davon aus, dass eine Firma wegen der globalen Mindeststeuer aus Liechtenstein weggeht.

Ein Fan der globalen Mindeststeuer wird Liechtenstein aber nicht mehr, oder?

Wir haben den Mindeststeuer-Kompromiss mitgetragen. Wir waren kritisch vor allem mit Blick auf den Zeitplan. Diesen halten wir für extrem sportlich, und man sieht ja bereits, dass es wahrscheinlich ein bisschen länger dauern wird. Aber wir sind auch in diesem Thema ein sehr konstruktiver Partner, nicht nur für Deutschland.

Das Interview führte Stefan Paravicini.

IN DIESER AUSGABE

Aareal Bank	2
Allianz	6
Archegos	1, 3, 6
Borsa Italiana	3
Clearbridge	20
Close Brothers	3
Credit Suisse	1, 3, 6
CR Investment Management	2
Frankfurter Volksbank	3
Franklin Templeton	20
Hamburg Commercial Bank	2
HIH Invest Real Estate	2
Lang & Schwarz	12
Oaktree Capital Management	7
Rüsselsheimer Volksbank	3
ZEB	3

KURZ GEMELDET

Aareal-Aktionäre haben 51 Prozent angedient

Börsen-Zeitung, 21.5.2022
Advent und Centerbridge müssen sich bis Dienstag bei der geplanten Übernahme der Aareal Bank noch weitere Stimmrechte sichern. Zum 19. Mai kamen die beiden Investmentgesellschaften laut einer Mitteilung vom Freitag auf eine Annahmquote von gut 51%.
dpa-afx

Unsicherheit am Immobilienmarkt

Grundlegende Wachstumsfaktoren trotz Inflation und Zinswende intakt

Börsen-Zeitung, 21.5.2022
sto Frankfurt – Die explodierten Preise und Engpässe bei Baumaterialien durch den Krieg sowie die Zinswende an den Märkten sorgen im Immobilienmarkt derzeit für große Unsicherheit, Zurückhaltung und verschobene Transaktionen. Darüber waren sich die Referenten einer Online-Veranstaltung zum Ausblick für den deutschen Immobilienmarkt zu Wochenschluss einig. Doch die Stimmung sei besser als beim Ausbruch der Pandemie, und viele grundlegende Faktoren sprechen für eine Fortsetzung des Wachstums des Segments, wenn auch auf niedrigerem Niveau als in den zurückliegenden Boomjahren. Für Projektentwickler indes sei die Lage sehr schwierig, hieß es.

Die künftige Entwicklung der Preise, der Zinsen und der Wirtschaft sei unsicher, daher würden viele Marktteilnehmer abwarten, so Peter Axmann, Leiter Immobilienkunden bei der Hamburg Commercial Bank. „Ich würde das aber nicht überbewerten: Derzeit heißt es, auf Sicht zu fahren, bis der Nebel sich lichtet – und dann kann es wieder sehr schnell gehen, wie ein paar Monate nach dem Ausbruch der Pandemie gesehen.“ Allerdings glaubt er nicht

daran, dass sich im Gewerbeimmobilienmarkt das hohe Transaktionsvolumen des vergangenen Jahres von 80 Mrd. Euro im laufenden Turnus wiederholt. Für sein eigenes Haus wiederum rechnet er im Segment Commercial Real Estate mit einem höheren Neugeschäft von 2,2 Mrd. Euro als im Vorjahr (1,6 Mrd. Euro).

Neben den gestiegenen Baupreisen macht insbesondere Projektentwicklern auch zu schaffen, dass Banken ihre Kreditkonditionen verschärfen: Die Kreditzinsen steigen, mehr Eigenkapital und Sicherheiten werden von den Kunden verlangt. Projektentwickler rechnen mehrheitlich mit einer Verteuerung der Bauprojekte von 20 bis 30%. Projektentwicklungen würden schwerer kalkulierbar und unrentabler, hieß es. Viele Projekte würden derzeit verschoben beziehungsweise stünden auf dem Prüfstand.

Bezogen auf die einzelnen Immobiliensegmente sei der Aufwärtstrend im Bereich privater Wohnungsbau weiterhin intakt, wobei die steigenden Preise und Zinsen den Hauslebauern immer mehr zu schaffen machten, hieß es. Bei Büroimmobilien würden Lage und Qualität eine immer stärkere Rolle spielen. Bei den Handwerksimmobilien sei die Lage bei

Einkaufszentren problematisch, Nahversorgung und Fachmärkte würden weiter einem robusten Aufwärtstrend unterliegen. Bei den Hotelimmobilien machten sich die Nachholeffekte der Pandemie positiv bemerkbar. Treiber im Immobiliensegment sind den Referenten zufolge der zunehmende Druck zu mehr Nachhaltigkeit bei Gebäuden, die Rückverlagerung von Produktion ins Inland wegen der gestörten Lieferketten und kürzere Sanierungszyklen. Ein positives Basisszenario bei der konjunkturellen Entwicklung vorausgesetzt, würden Mieten und Preise weiterhin stabil bleiben.

Bei den institutionellen Investoren bleibe der Anlagedruck hoch bei gestiegener Risikoaversion, so Felix Schindler, Head of Research der HIH Invest Real Estate. Dabei spiele die Zinswende im Anleihegeschäft eine große Rolle, führte Torsten Hollstein, Geschäftsführer der CR Investment Management, aus. Die gestiegenen Zinsen bei Staatsanleihen verringerten den Renditeabstand zu Immobilien, was insbesondere kleinere institutionelle Investoren wie Pensionskassen und Stiftungen zu Renten umschwenken lasse.

Wertberichtet Seite 6

Krypto-Crash ruft britische Aufsicht auf den Plan

FCA sieht Defizite beim Verbraucherschutz

Börsen-Zeitung, 21.5.2022
Bloomberg London – Vor dem Hintergrund der vom britischen Finanzministerium geplanten Ausweitung bestehender Rechtsvorschriften für den elektronischen Zahlungsverkehr auf die Ausgabe von Stablecoins und Kryptodienstleistungen beobachtet die britische Marktaufsichtsbehörde FCA das derzeitige Chaos auf den Kryptomärkten sehr genau. Die jüngste Marktinstabilität müsse unbedingt berücksichtigt werden, wenn die Aufsichtsbehörde im Laufe des Jahres mit dem Finanzministerium an der Entwicklung und Umsetzung neuer Regeln für Kryptoassets arbeitet, sagte Sarah Pritchard, Executive Director für Märkte bei der Behörde.

Das Finanzministerium hatte im April angekündigt, dass die bestehenden Rechtsvorschriften für den elektronischen Zahlungsverkehr dergestalt geändert werden sollen, dass auch die Ausgabe von Stablecoins und die Bereitstellung von Wallets und Verwahrdienstleistungen einbezogen werden können. Der Zusammenbruch von TerraUSD, einem Stablecoin, der statt einer Reserve von äquivalenten Vermögenswerten

Algorithmen und Swaps mit seinem Schwester-Token Luna nutzte, um seine Bindung an den Dollar aufrechtzuerhalten, hat im Kryptosegment zu Verlusten von rund 380 Mrd. Dollar geführt.

Stablecoins sind ein wesentlicher Bestandteil des Krypto-Ökosystems und werden von Händlern genutzt, um einen gleichbleibenden Wert zu erhalten, ohne die Token in Fiat-Währung zurückzutauschen zu müssen. Investoren können sie als sicheren Hafen für ihr Portfolio in Zeiten der Volatilität oder einfach als digitales Zahlungsmittel nutzen.

Pritchard zitierte eine bereits im Oktober veröffentlichte Studie, der zufolge 70% der Krypto-Investoren unter 40 Jahren fälschlicherweise davon ausgingen, dass es sich um einen regulierten Markt handelt. Der jüngste Preisrutsch habe verdeutlicht, dass es am Verbraucherschutz und an der Marktstabilität hapert. Bislang hat die FCA bei Krypto-Unternehmen lediglich auf die Einhaltung von Anti-Geldwäsche-Standards geachtet. Noch in diesem Jahr soll die Behörde per Gesetz neue Befugnisse zur Regulierung von Kryptoassets erhalten.